

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 2. Sitzung des Behindertenbeirates (B/002/2015)

am Mittwoch, 18. März 2015,

16:30 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 1, 1. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:30 Uhr
Ende der Sitzung: 18:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende
Beate Kursitza-Graf

CDU-Fraktion
Lothar Klein

Fraktion DIE LINKE.
Anja Apel

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Peter Müller

beratende Mitglieder
Martin Seidel

Sachkundige Einwohner
Steven Brentrop
Michael Heinisch
Regina Möhr
Birgitt Prella
Andree Reininger

Abwesend:

SPD-Fraktion
Dr. Cornelia Hähne (entschuldigt)

Fraktion Alternative für Deutschland
Henning Richter

FDP/FB-Fraktion
Jens Genschmar

Verwaltung:
Frau Wyzisk GB 5, Sozialamt

Gäste:
Frau Müller Beauftragte für Menschen mit Behinderungen der Landeshauptstadt Dresden
Herr Göbel Selbsthilfegruppe Herz/Gefäße Dresden

Schriftführer/-in:
Frau Richter SG Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Information zur Geschäftsordnung
- 2 Arbeitsweise und Selbstverständnis des Behindertenbeirats
- 3 Vorstellung des Projektplanes zur Fortschreibung des Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Landeshauptstadt Dresden; Mitwirkung des Behindertenbeirates an dem Prozess
- 4 Festlegung der Beratungsschwerpunkte für die Sitzungen des Behindertenbeirates 2015
- 5 Informationen der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen
- 6 Sonstiges

öffentlich

Die Beiratsvorsitzende, **Frau Kursitza-Graf**, eröffnet die 2. Sitzung des Behindertenbeirates. Sie stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgemäße Ladung des Gremiums fest.

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Behindertenbeirates einvernehmlich bestätigt.

1 Information zur Geschäftsordnung

Frau Kursitza-Graf berichtet, dass sie nach der letzten Beiratssitzung eine Information des Rechtsamtes erreicht habe. Darin seien alle Beiräte der Landeshauptstadt Dresden informiert worden, dass die noch bestehenden Geschäftsordnungen der Beiräte keine Gültigkeit mehr haben. Für die Beiräte gelten gemäß § 35 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Dresden die Bestimmungen über den Geschäftsgang der beratenden Ausschüsse entsprechend.

Insofern sei keine Überarbeitung der bisherigen Geschäftsordnung des Behindertenbeirates erforderlich.

Die Geschäftsordnung des Stadtrates sei allen Beiratsmitgliedern mit den Bestellungsunterlagen für den Behindertenbeirat übergeben worden.

Die Beiratsmitglieder nehmen die Information zur Kenntnis.

2 Arbeitsweise und Selbstverständnis des Behindertenbeirats

Frau Kursitza-Graf erinnert an die letzte Sitzung, als die Mitglieder Austausch- und Beratungsbedarf zu diesem Thema festgestellt haben.

Sie habe sich im Vorfeld der Beiratssitzung mit der stellvertretenden Beiratsvorsitzenden, Frau Stadträtin Apel, sowie der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen, Frau Müller, verständigt und schlägt vor, sich auf folgende Eckpunkte zu verständigen, die in die Zuständigkeit des Behindertenbeirates gehören:

- Primär sollen gehäufte Probleme und grundsätzliche Fragen besprochen werden. Das Gremium soll sich nicht in Detailfragen oder Einzelproblemen verlieren. Diese werden an die zuständige Stelle (z. B. Verwaltung, Beauftragte für Menschen mit Behinderungen oder Stadtarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“ [Stadt-AG]) verwiesen, um dort nach individuellen Lösungsansätzen zu suchen.
- Die Themen sollen so strukturiert werden, dass sie in die Themenhandlungsfelder des Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) passen. Zu jeder Sitzung werde beginnend mit der nächsten Sitzung jeweils ein Handlungsfeld aus dem Aktionsplan herausgenommen, wozu sich der Behindertenbeirat berichten lasse.
- Die sachkundigen Einwohner, die Mitglied des Behindertenbeirates seien und die Verbände im Beirat vertreten, sollen die Verbindung zur Stadt-AG und zu den Personen, die eng an den Handlungsfeldern mitarbeiten, herstellen. Die Fraktionsvertreter sollen die Verbindung in die Politik gewährleisten.
- Da der Behindertenbeirat in der Vergangenheit nicht immer in der Beratungsfolge von Anträgen und Vorlagen berücksichtigt worden sei, werden die Fraktionsvertreter um Unterstützung gebeten, Vorlagen und Anträge auf ihre Relevanz für den Behindertenbeirat zu prüfen und ihn ggf. für die Beratungsfolge vorzuschlagen.

Herr Dr. Müller bittet darum, die beiden behindertenrelevanten Themen „Alter und Behinderung“ sowie „Inklusive Stadtteilentwicklung“ jeweils einem Handlungsfeld zuzuordnen.

Frau Kursitza-Graf betont, dass das Querschnittsthemen seien, die sich im mehreren Handlungsfeldern wiederfinden müssten. Unter jedem Handlungsfeld sei ihre Relevanz zu prüfen, weshalb sie auf eine Merkliste gesetzt werden sollten.

Herr Heinisch, Vertreter der Stadtliga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Dresden, sieht seine Aufgabe im Behindertenbeirat darin, Inhalte bzw. Arbeitsaufgaben an die Stadtliga direkt zu kommunizieren.

Das bestätigt **Frau Kursitza-Graf**. Ein weiteres Bindeglied zur Verwaltung, zur Politik und zu den Verbänden sei Frau Müller, Beauftragte für Menschen mit Behinderungen.

Weitere Anmerkungen gibt es nicht, sodass die Beiratsvorsitzende den Tagesordnungspunkt schließt.

3 Vorstellung des Projektplanes zur Fortschreibung des Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Landeshauptstadt Dresden; Mitwirkung des Behindertenbeirates an dem Prozess

Frau Wyzisk, Sozialamt, informiert anhand einer Präsentation zur Fortschreibung des Aktionsplanes [*Präsentation und Ergänzungen für Sehbehinderte - Anlage zur Niederschrift*]. Die Fortschreibung sei aufgrund des Themenumfanges innerhalb eines Jahres bis Ende 2015 nicht zu leisten, sodass sie sich über zwei Jahre erstrecke.

Herr Stadtrat Klein bittet, den Mitgliedern die Präsentation als Datei zur Verfügung zu stellen, was zugesagt wird.

Frau Stadträtin Apel stellt fest, dass ein recht langer Zeitraum für die Bearbeitung geplant worden sei. Sie fragt, ob man die Anregungen und Diskussionen stärker bei der Erarbeitung in den Arbeitsgruppen einbeziehen könne.

In den Arbeitsgruppen sei geplant, so **Frau Wyzisk**, Vertreter der Stadt-AG mitwirken zu lassen, womit die Verbindung zur Behindertenselbsthilfe hergestellt werde. Die Mitglieder der Stadt-AG in den Arbeitsgruppen wirkten als Multiplikator gegenüber der Stadt-AG selbst und deren Verbänden und Vereinen. Von einer Vergrößerung der einzelnen Arbeitsgruppen rät sie ab. Das sei nicht praktikabel, weil sich eine Arbeitsgruppe mit über 20 Personen schwierig führen ließe.

Frau Müller erklärt, dass die Einbeziehung der Betroffenen über die Behindertenselbsthilfvereine, die Selbsthilfegruppen (zu denen Frau Müller in Kontakt stehe) sowie über die breite Öffentlichkeit/Bürgerbeteiligung im 1. Quartal 2016 erfolge.

Frau Stadträtin Apel fragt, wie garantiert werde, dass die Beratungsgegenstände des Behindertenbeirates in die Arbeitsgruppen transportiert werden.

Dazu informiert **Frau Müller**, dass sie breite Kontakte pflege und als Multiplikator auftrete.

Frau Prelle schlägt vor, zur Beratung der Handlungsfelder im Behindertenbeirat je einen für das Handlungsfeld zuständigen Vertreter der Stadt-AG einzuladen.

Frau Kursitza-Graf nimmt die Anregung auf. Gleichzeitig sieht sie auch die Mitglieder des Behindertenbeirates, die mit der Stadt-AG in Verbindung stehen, in der Pflicht, Themen/Schwierigkeiten zu transportieren. Damit sollte auch der Kritik aus der Erarbeitung des Aktionsplanes begegnet werden. Damals sei die Beteiligung erst spät im Prozess erfolgt, wodurch es schwer gewesen sei, den in der Erarbeitung schon weit fortgeschrittenen Plan in Details zu diskutieren und zu ändern.

Nachdem **Herr Dr. Müller** seine Vorstellungen zur Beratung der Handlungsfelder (wegen der Komplexität der Handlungsfelder Ladung verschiedener, für das Thema relevanter Akteure) dargelegt hat, teilt **Frau Wyzisk** mit, dass dies letztlich der Behindertenbeirat entscheide. Es sei geplant, den Leiter der Arbeitsgruppe des jeweiligen Handlungsfeldes sowie einen Vertreter der Stadt-AG aus dem Handlungsfeld zu laden.

Frau Kursitza-Graf bestätigt die Ausführungen von Frau Wyzisk. Sie stellt klar, dass nicht die Beratung der Arbeitsgruppe im Beirat dupliziert werden solle, was im Übrigen auch nicht zu leisten sei. Vielmehr liege der Fokus auf der Berichterstattung des jeweiligen Arbeitsgruppenleiters. Der Beirat könne dann Hinweise für die weitere Arbeit geben. Sollte der Beirat individuell feststellen, dass zu einem Handlungsfeld außer dem Handlungsfeldleiter und dem Vertreter der Stadt-AG zwingend eine weitere Person hinzugezogen werden sollte, müsste das individuell vom Beirat entschieden werden.

Herr Stadtrat Klein unterstützt das und verweist darauf die ehrenamtliche Arbeit der Stadträte, die neben ihrer beruflichen Tätigkeit in mehreren Gremien tätig seien. Alle diese Termine und die damit verbundenen Tätigkeiten müssten noch vereinbar sein. Außerdem sei Frau Müller bei den Beratungen dabei. Darüber hinaus könne durch Anregungen an die Vertreter der Arbeitsgruppe Einfluss auf deren Arbeit genommen werden. Des Weiteren könnten bei Problemen auch die gewählten Vertreter des Stadtrates angesprochen werden, um Unterstützung zu geben.

Frau Müller teilt mit, dass zu jedem Themenfeld konkrete Fragestellungen und Probleme eingesteuert werden könnten, entweder über sie oder über den Vertreter der Stadt-AG. Darüber hinaus könnten temporäre Mitglieder anlassbezogen einbezogen werden. Dieses Vorschlagsrecht der Mitglieder bestehe immer. Wegen des Umfangs solle die Prozedere im Behindertenbeirat gebündelt ablaufen, was sich im Übrigen auch in der Vergangenheit bereits bewährt habe.

Herr Dr. Müller stellt klar, dass er nicht überall mitreden wolle, aber ihm liege viel an der Beteiligung des Behindertenbeirates an der Fortschreibung des Aktionsplanes.

Frau Kursitza-Graf nimmt den Wunsch auf. Vor der Behandlung eines Handlungsfeldes werde sich das Gremium zu den einzuladenden Gästen verständigen. Gleichzeitig bittet sie, die Zahl der Gäste so überschaubar zu lassen, dass die Beratung im Beirat handhabbar bleibt.

Frau Stadträtin Apel schließt aus der Diskussion, dass ein Handlungsfeld nicht immer umfassend betrachtet werden könne, sondern nur ein Ausschnitt diskutiert werde. Es müssten daher Schwerpunkte gesetzt werden. Wenn man einen bestimmten Vertreter einlade, liege der Fokus per se auf dem Bereich, den die Person vertrete.

Auf die Rückfrage von **Herrn Heinisch** zur Zusammensetzung der Lenkungsgruppe informiert **Frau Wyzisk**, dass neben den Arbeitsgruppenleitungen der einzelnen Handlungsfelder, Frau Kursitza-Graf als Vertreterin der Stadt-AG, der Stadtplanungsamtsleiter, der amtierende Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung, die Sozialamtsleiterin, ein Vertreter des Büros der Oberbürgermeisterin, die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen, die Gleichstellungsbeauftragte sowie die Ausländer- und Integrationsbeauftragte in der Lenkungsgruppe mitarbeiteten.

Herr Dr. Müller regt an, den Stadtrat darüber zu informieren, dass der Prozess der Fortschreibung nun zwei Jahre in Anspruch nehme, worauf **Frau Wyzisk** mitteilt, dass die Information an den Stadtrat über die Beschlusskontrolle gewährleistet werde.

Frau Müller gibt bekannt, dass das Fortschreiten des Prozesses auf der Internetseite der Behindertenbeauftragten kontinuierlich verfolgt werden könne. Weiter bietet sie außerhalb des Behindertenbeirates an, sich zu einzelnen Themen auszutauschen.

Frau Kursitza-Graf beendet den Tagesordnungspunkt und fasst abschließend zusammen, dass die Anregungen von Herrn Dr. Müller, wie man methodisch eine breite Beteiligung durchsetzen könnte, in die Planung des Prozesses im 1. Quartal 2016 einfließen könnten.

4 Festlegung der Beratungsschwerpunkte für die Sitzungen des Behindertenbeirates 2015

Frau Kursitza-Graf leitet ein, dass sie mit Frau Stadträtin Apel einen Vorschlag für die nächsten drei Sitzungen unterbreite. Dem sei eine Wichtung der Themenschwerpunkte vorausgegangen, auch wenn alle Handlungsfelder wichtig seien und der Behindertenbeirat dazu Anregungen und Hinweise geben werde:

06.05.2015 Handlungsfeld Bildung
02.09.2015 Handlungsfeld Wohnen
28.10.2015 Handlungsfeld Mobilität und Barrierefreiheit

Frau Stadträtin Apel informiert, dass der Bereich Bildung zuerst behandelt werden solle, weil in verschiedenen Situationen aufgefallen sei, dass im Bereich der schulischen Integration sehr gegeneinander strebende Positionen existierten. Der Behindertenbeirat habe für die „Beratungsstelle für die schulische Integration“ gesorgt. Seit ihrer Existenz habe sie persönlich auf diesem Gebiet ihre politische Beratertätigkeit stark zurückfahren können, weil sie betroffene Familien dort in guten Händen wisse.

In Gesprächen mit der Sächsischen Bildungsagentur sei ihr gegenüber verdeutlicht worden, dass diese die Arbeit der Beratungsstelle als schlecht und in die falsche Richtung gehend bezeichne. In diesem Widerspruch befinden sich die Schulen, die Integration leisten sollen. Deshalb schlägt sie vor, die Beratungsstelle sowie die Sächsische Bildungsagentur in den Beirat einzuladen.

Frau Müller ist der Sachverhalt unbekannt. Um nicht bis zur nächsten Sitzung warten zu müssen, bittet sie Frau Stadträtin Apel um eine kurze Absprache außerhalb dieser Sitzung.

Frau Kursitza-Graf schlägt vor, zur Beratung des Handlungsfeldes Bildung den für Integration zuständigen Vertreter der Sächsischen Bildungsagentur, Herrn Reitz, einzuladen.

Herr Dr. Müller wünscht sich, in dem Handlungsfeld auch die Bildung Älterer einzubeziehen.

Herr Stadtrat Klein schlägt in dem Zusammenhang vor, zur Sitzung des Handlungsfeldes auch Herrn Kufner von der Volkshochschule einzuladen.

Darauf informiert **Frau Wyzisk**, dass die Volkshochschule in der Arbeitsgruppe Bildung mitarbeite. Außerdem sei die Seniorenakademie mit Herrn Ritter eingeladen. In der ersten Arbeitsgruppensitzung haben sich die Mitglieder auf drei Teilbereiche innerhalb des Handlungsfeldes Bildung verständigt: a) der vorschulische Bereich, b) Schule und c) Bildung Erwachsener mit der beruflichen (Weiter-)Bildung sowie der Hochschule, worin auch das lebenslange Lernen falle. Weiterhin vertreten seien die Bildungsagentur durch Herrn Reitz sowie die Stadt-AG vertreten durch die Koordinierungsstelle für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Frau Stadträtin Apel stellt fest, dass damit der Kita-Bereich aus dem Fokus der Arbeitsgruppe gerückt sei, wo man auch schon gut vorangekommen sei. Das bestätigt **Frau Kursitza-Graf** und erinnert an die Beratungen in der vergangenen Legislatur. Damals habe man sich verständigt, bei der Fortschreibung des Aktionsplanes den Schwerpunkt im Handlungsfeld Bildung außerhalb des Kita-Bereichs zu setzen.

Frau Kursitza-Graf schließt den Tagesordnungspunkt ab und stellt die Themen für die nächsten Sitzungen zur Abstimmung.

Der Behindertenbeirat fasst den einstimmigen Beschluss, folgende Handlungsfelder des Aktionsplanes UN-BRK in seinen nächsten Sitzungen zu beraten:

06.05.2015 *Handlungsfeld Bildung*
02.09.2015 *Handlungsfeld Wohnen*
28.10.2016 *Handlungsfeld Mobilität und Barrierefreiheit*

Zur Beratung des Handlungsfeldes Bildung in der Sitzung am 06.05.2015 soll die Teilnahme von Herrn Reitz (Sächsische Bildungsagentur, Bereich Integration) sowie Frau Bühring (Leiterin der AG Bildung) angefragt werden.

Herr Dr. Müller bittet, die Festlegungen und öffentlichen Niederschriften des Behindertenbeirates ihm per E-Mail zur Verfügung zu stellen.

5 Informationen der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen

Die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen, **Frau Müller**, gibt folgende Informationen:

Krankheitsbedingt sei das Büro über längere Zeit nur zur Hälfte besetzt gewesen, weshalb es Arbeitsrückstände gebe. Dennoch seien 47 Vorlagen der Verwaltung auf die Interessenwahrung für die Menschen mit Behinderung geprüft worden. In sieben Fällen sei eine Stellungnahme abgegeben worden, die in fünf Fällen berücksichtigt worden sei.

Neben der Begleitung der begonnenen Handlungsfelder, werde der Start der Fortschreibung des Aktionsplanes mit externen Arbeitspartnern weiter vorbereitet. Das betreffe die Dresden Marketing GmbH und die Dresden Information GmbH. Mit den steigenden Besucherzahlen sei auch die Mitarbeit der Gesellschaften im Handlungsfeld Freizeit und Kultur wichtig. Gleiches gelte für die Mitarbeit der STESAD GmbH im Handlungsfeld Wohnen. Auch an die Einbeziehung der Technischen Universität sei angedacht. Erste Gespräche haben bereits stattgefunden.

Für die nächste Beiratssitzung kündigt Frau Müller ihren Tätigkeitsbericht an. Seitens mehrerer Beiratsmitglieder wird der Wunsch geäußert, den Bericht mit der Einladung für die nächste Sitzung zu versenden.

Die Schriftführerin, **Frau Richter**, kann das noch nicht zusagen, da es sich um eine Vorlage handelt, die vor der Behandlung in den Gremien des Stadtrates noch den verwaltungsinternen Geschäftsgang nehmen müsse.

An Frau Müller gibt es keine Rückfragen, sodass **Frau Kursitza-Graf** zum nächsten Tagesordnungspunkt überleitet.

6 Sonstiges

Barrierefreie Wahllokale

Frau Stadträtin Apel nimmt auf die letzte Sitzung und die Frage von Herrn Dr. Müller Bezug, was sie zum Anlass für eine Anfrage genommen habe. Die Verwaltung habe geantwortet, dass sie sich ständig bemühe, rollstuhlgerechte Räumlichkeiten zu finden. Im Stadtzentrum sei das kein Problem. Am Stadtrand sehe das anders aus, weil dort oft auch keine Schulen vorhanden seien. Gleichwohl bemühe sich die Verwaltung weiter, rollstuhlgerechte Räumlichkeiten zu finden.

Auch die taktile Wahlschablone und die CD mit dem Ansagetext werden in Abstimmung mit dem Blinden- und Sehbehindertenverband erarbeitet. Jeder einzelne Wahlleiter trage die Verantwortung zur Umsetzung in seinem Wahllokal.

Beteiligung des Behindertenbeirates

Frau Stadträtin Apel ist aufgefallen, dass auch bei behindertenrelevanten Vorlagen und Anträgen der Behindertenbeirat in der Beratungsfolge fehle. Sie wendet sich an die Vertreter der Fraktionen, ihre Fraktionskolleg[inn]en stärker zu sensibilisieren.

Frau Kursitza-Graf informiert, dass sie diese Erwartung bereits am Sitzungsbeginn, als Frau Stadträtin Apel noch nicht anwesend gewesen sei, an die Fraktionsvertreter gerichtet habe, dafür Sorge zu tragen.

Frau Müller gibt den Hinweis, dass dies sehr umfänglich sei. Deswegen empfiehlt sie die Abstimmung zwischen der Beiratsvorsitzenden und deren Stellvertreterin, welche Vorlagen gemeint seien.

„Alt und behindert“

Herr Dr. Müller informiert, dass am Donnerstag, den 26.03.2015, die Tagung der Wohlfahrtsverbände mit dem Sächsischen Ministerium für Soziales unter dem Thema „Alt und behindert“ in Dresden stattfinde.

Fahrt zur Beratungsstelle zum Wohnen für Senioren und Behinderte

Herr Dr. Müller berichtet, dass der Seniorenbeirat eine Fahrt am 12.05.2015 nach Leipzig organisiert habe. Ziel sei die „Beratungsstelle zum Wohnen für Senioren und Behinderte“. Wer Interesse habe, dorthin mitzufahren, könne sich an ihn wenden.

Wertmarken für das Zusatzblatt des Schwerbehindertenausweises

Herr Dr. Müller bittet die Verwaltung darum, dass die Antragsformulare für den Schwerbehindertenfahrdienst barrierefrei gestaltet und zugeschickt werden und das Formular nicht einfach nur per Post zugesandt werde.

Herr Brentrop ergänzt, dass dasselbe auch die Wertmarke für die Freifahrt im ÖPNV betreffe. Der Folgeantrag sei in der Ausführung zwar vereinfacht, aber für Menschen mit Sehbehinderung aufgrund der Tatsache, dass er in Papier vorliege, nicht wirklich leicht auszufüllen. Ein barrierefreies Antragsformular wäre gut.

Frau Wyzisk informiert, dass die barrierefreie Bereitstellung von Formularen Gegenstand der Fortschreibung des Aktionsplanes sein werde. Die Verwaltung befinde sich noch am Anfang. Sie nimmt die Aufgabe mit.

Herr Dr. Müller ergänzt, dass es bereits ein barrierefreies Formular gegeben habe, welches nach einer Änderung am Jahresanfang nicht mehr zur Verfügung stehe. Wenn man dann dieses veraltete Formular nutze, erhalte man von der Verwaltung die Mitteilung, dass dies ein formloser Antrag sei, der ungültig sei.

Den Hinweis nimmt **Frau Kursitza-Graf** in die Festlegungen auf:

Es wird darauf hingewiesen, dass sehbehinderte Menschen die Erst- und Folgeanträge auf Wertmarken (Schwerbehindertenfahrdienst sowie den ÖPNV) auch als am PC ausfüllbare Formulare benötigen. Ein postalisch zugestelltes Antragsformular ist nicht praktikabel.

Reform Eingliederungshilfe

Auf die Frage von **Herrn Stadtrat Klein** nach der Novellierung von Gesetzen, die Menschen mit Behinderungen betreffen, nennt **Frau Wyzisk** die aktuelle Reform der Eingliederungshilfe, die auf der Internetseite „Gemeinsam einfach machen“ über den aktuellen Sachstand informiert.

Herr Dr. Müller ergänzt, dass das Bundesteilhabegesetz ebenfalls novelliert werden solle. Er bezieht sich dabei auf eine Information des Blinden- und Sehbehindertenverbandes, wonach das Gesetz inhaltlich nicht so vorliege, wie es eigentlich geplant gewesen sei, z. B. fehle eine bundeseinheitliche Regelung der Landesblindengelder.

Woche der Inklusion

Frau Kursitza-Graf informiert, dass am 05.05.2015 wie jedes Jahr anlässlich des Europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen die „Parade der Vielfalt“ stattfinde. In den nächsten Tagen werden dazu Informationen über die verschiedenen Kanäle verteilt. In diesem Jahr besonders sei die Woche der Inklusion, die vom 05.05. bis 09.05.2015 laufe. Der Start sei die Übergabe der Inklusionsfackel am 05.05.2015.

Herr Dr. Müller weist darauf hin, dass das Sozialamt parallel dazu am 05.05.2015 zur Seniorenkonferenz geladen habe, wo auch viele Behinderte mit vertreten seien. Die Terminkollision sieht er kritisch, zumal die Parade jährlich zur selben Zeit stattfinde.

Weitere Informationen liegen nicht vor. **Frau Kursitza-Graf** schließt die Sitzung des Behindertenbeirates.

Beate Kursitza-Graf
Vorsitzende

Manuela Richter
Schriftführerin

Lothar Klein
Stadtrat

Michael Heinisch
Mitglied